

Antrag für den  
Rat  
am 10.9.2010

**Geschäftsführung: Jürgen Bartz**

Tel: 0551-400-2785  
Fax: 0551/400-2904  
[GrueneRatsfraktion@goettingen.de](mailto:GrueneRatsfraktion@goettingen.de)  
[www.gruene-goettingen.de](http://www.gruene-goettingen.de)

10.9.2010

Änderungsantrag zu TOP 10 der Sitzung des Rates der Stadt Göttingen am 10.9.2010

### **„Entschuldigung der Göttinger Polizei“**

Der Rat möge beschließen:

Die Überschrift der Resolution wird durch folgende Überschrift ersetzt:

**„Keine Instrumentalisierung von Ermittlungen“**

Der vorliegende Resolutionstext wird durch folgenden Text ersetzt:

Der Rat der Stadt fühlt sich im Zusammenhang mit der Verpuffung in einer Küche des Göttinger Kreishauses von den ermittelnden Behörden falsch informiert. Zentrale Aspekte der offiziellen Darstellungen haben sich als nicht zutreffend erwiesen. Wesentliche von der Polizei und von Landesinnenminister Schünemann getroffene Bewertungen hinsichtlich des angeblich linksextremen Hintergrunds und der terroristischen Tragweite sind angesichts der vorliegenden Gutachten, die der Polizei z.T. grobe Ermittlungsfehler bescheinigen, nicht haltbar. Die Ermittlungsfehler, das demonstrative Vorgehen bei Hausdurchsuchungen und die wiederholte öffentliche Darstellung von Ermittlungsergebnissen, die sich mittlerweile als falsch herausgestellt haben, haben zudem zur Kriminalisierung mehrerer unschuldiger Betroffener geführt.

Da die Polizei mit ihrem Vorgehen in erheblichem Maße der überzogenen und einseitigen Politisierung einer Debatte Vorschub geleistet hat, die in der Öffentlichkeit weite Kreise gezogen hat, bedarf es nun einer öffentlich wahrnehmbaren Korrektur der Darstellung um die der Rat der Stadt Göttingen die Polizei hiermit bittet. Wie schon mit der Resolution „Für gesellschaftliches Engagement – gegen Kriminalisierung und politische Justiz“ vom 7.5.2010 zum Ausdruck gebracht, möchte der Rat der Stadt vermeiden, dass sich die Göttinger Polizei ungezwungen dem Verdacht aussetzt, sich politisch einseitig instrumentalisieren zu lassen. Angesichts der kontroversen gesellschaftlichen Diskussion über die Ermittlungen anlässlich des Vorfalls im Kreishaus bekräftigt der Rat seine Bitte an die Polizei, an dem vom Rat angelegten runden Tisch teilzunehmen.

#### **Begründung:**

Erfolgt mündlich.